

Berlin, den 18. Februar 2005

P R E S S E M I T T E I L U N G

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes (FStrÄndG)“

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen des Deutschen Bundestages
hat beschlossen, am

**Mittwoch, dem 23. Februar 2005, ab 13.00 Uhr,
10117 Berlin
Sitzungssaal: Raum E 600
Sitzungsort: Paul-Löbe-Haus, Konrad-Adenauer-Str.1**

eine öffentliche Anhörung zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesfernstraßengesetzes (FStrÄndG)“ BT-Drs. 15/409 durchzuführen. Die Einzelheiten können der als Anlage beigefügten Mitteilung über die Tagesordnung entnommen werden.

Die Anhörung wird vom Vorsitzenden des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Herr Eduard Oswald, MdB, geleitet.

Interessenten, die an der Anhörung als **ZUHÖRER** teilnehmen möchten, können sich beim Sekretariat des Ausschusses (Postanschrift: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: (030) 227 – 32426, Telefax: (030) 227 – 30017) bis zum 21. Februar 2005 anmelden. Anmeldungen werden im Rahmen der räumlichen Möglichkeiten entgegengenommen. Die angemeldeten Zuhörer erhalten vor Beginn der Anhörung gegen Vorlage eines amtlichen Personalausweises oder Reisepasses eine Einlasskarte.